

nachrichten

**Zu viele Aktive, zu wenig Reservisten**

**BERN.** 93 Prozent oder 129 000 Soldaten und Offiziere hinken mit ihrem Wehrdienst dem Zeitplan hinterher. Sie liegen mit Wiederholungskursen im Rückstand oder haben die Rekrutenschule erst nach dem 20. Altersjahr absolviert. Die Verzögerungen führen dazu, dass nach Vorgaben der Armee XXI die aktive Armee zu gross und die Reserve zu klein ist. Das Verteidigungsdepartement bestätigte eine entsprechende Meldung der «NZZ am Sonntag». AP

**Massiver Einbruch bei der Briefpost**

**BERN.** Die Post leidet unter der Wirtschaftskrise. Die Briefpostmenge ist im ersten Halbjahr 2009 verglichen mit den Vorjahren um drei bis vier Prozent zurückgegangen. Die Post bestätigte einen Bericht der «Sonntagszeitung». In früheren Jahren betrug der Rückgang jeweils 1,5 Prozent pro Jahr. Würde der Personalbestand angepasst, so würde dies den Abbau von 500 bis 600 Briefträgern bedeuten. Die Post dementierte aber Abbaupläne; sie geht davon aus, dass sich die Situation in ein paar Monaten wieder verbessert. AP

**Zürcher Ex-Geiseln rechtfertigen sich**

**ZÜRICH.** Das aus mehrmonatiger Geiselhaft in Mali befreite Zürcher Ehepaar Greiner wehrt sich gegen die Kritik, mit der Reise in das westafrikanische Land leichtsinnig gehandelt zu haben. Man habe dem erfahrenen deutschen Reiseorganisator ganz und gar vertraut, sagte Gabriella Barco Greiner in einem Interview des «Tages-Anzeigers». Sie seien weder leichtsinnig, noch hätten sie den Kick gesucht. Das Ehepaar war im vergangenen Januar im Grenzgebiet zwischen Niger und Mali von Terroristen verschleppt worden. Die Frau wurde im April wieder freigelassen, der Mann am 12. Juli. Das Ehepaar muss damit rechnen, dass es sich an den hohen Kosten des Sonderstabs Auswärtiges beteiligen muss. AP

**Probelauf in Genf für E-Voting in Basel**

**GENF.** Die im Ausland lebenden Genfer werden am 27. September erstmals per Internet abstimmen können. Das Datum gilt auch als Probelauf für den Kanton Basel-Stadt. Basel will erstmals am 29. November elektronisch abstimmen lassen. Vorbehalten bleibt das E-Voting den Auslandschweizern, die in Unterzeichnerstaaten einer Konvention zur Anwendung der Kryptografie leben. Das trifft jedoch auf 90 Prozent zu. SDA

**Bahnfans machen Dampf auf der Furka**



**NOCH EIN JAHR.** Die Wiederinstandstellung der Bergstrecke über den Furkaspass, die 1982 nach der Eröffnung des Basistunnels zwischen Oberwald (VS) und Realp (UR) geschlossen wurde, geht planmässig voran. In gut einem Jahr sollen die Dampfzüge auch auf dem letzten Teilstück der Strecke von Gletsch (VS) bis Oberwald wieder rollen. Dafür sorgen die rund 30 Bahnfans, die die Strecke zur Zeit wieder flottmachen. SGR Foto Keystone, Karte BaZ/chj  
Mehr Infos unter: > furka-bergstrecke.ch



**Bern bummelt bei Menschenrechten**

Trotz internationaler Verpflichtung lässt sich die Schweiz Zeit mit der Überwachungsinstanz

DOMINIQUE BURCKHARDT

**Anders als im europäischen Ausland tut man sich hierzulande schwer mit der Einrichtung einer unabhängigen nationalen Instanz, die über die Wahrung der Menschenrechte wacht. Doch der Bedarf besteht.**

Menschenrechtsfragen sind allgegenwärtig. Wie sieht eine würdevolle Pflege dementer Menschen aus? Nach den schweren Demütigungen von Patienten im Zürcher Pflegeheim Entlisberg Anfang Jahr ist die Frage aktueller denn je. Dürfen Kinder muslimischen Glaubens zum gemischten Schwimmunterricht gezwungen werden? Wie können Frauen vor häuslicher Gewalt geschützt werden? Ist Isolationshaft als Strafe für Gefangene zulässig? Fördern Schweizer Firmen mit der Verlagerung der Produktion ins Ausland Sklaverei oder Kinderarbeit?

**LANGE DISKUSSIONEN.** Wie diese Fragen zu beantworten sind, damit beschäftigt sich in vielen anderen europäischen Ländern, etwa in Deutschland, Dänemark, Frankreich, Grossbritannien, Spanien und Italien, unabhängige Menschenrechtsinstanzen. Aber in der Schweiz hapert es damit. Erst Anfang Juli hat sich der Bundesrat nach jahrelangen Diskussionen für einen fünfjährigen «Pilotversuch zugunsten von Dienstleistungen im Menschenrechtsbereich» ausgesprochen.

In dieser Testphase sollen Schweizer Universitäten im Auftrag des Auswärtigen Departements (EDA) und des Justiz- und Polizeidepartements (EJPD) «Dienstleistungen in Menschenrechts-

fragen» erbringen, wie es in der entsprechenden Medienmitteilung heisst. Der Bund stellt dafür jährlich eine Million Franken zur Verfügung. Anfragen etwa von Gemeinden, Kantonen oder Privatfirmen müssen selbst bezahlt werden. Nach vier Jahren, so der Auftrag, hat das EDA dem Bundesrat eine Bilanz und Vorschläge zum weiteren Vorgehen vorzulegen. Zum heutigen Zeitpunkt allerdings hält der Bundesrat die Einrichtung einer gesamtschweizerischen Menschenrechtsinstanz für «verfrüht». Und er fragt sich, ob die Schaffung eines solchen Gremiums überhaupt «sinnvoll und opportun» ist.

**SEIT 1993 VERPFLICHTET.** Dabei hatte sich die Schweiz schon 1993 anlässlich der UNO-Konferenz für Menschenrechte in Wien zur Einrichtung einer solchen Instanz verpflichtet. Acht Jahre später reichten die damalige Zürcher SP-Nationalrätin Vreni Müller-Hemmi

und der St. Galler CVP-Ständerat Eugen David eine parlamentarische Initiative ein, die die Einsetzung einer eidgenössischen Kommission für Menschenrechte forderte. Unterstützt von mehr als 100 Nicht-Regierungsorganisationen, kirchlichen Institutionen und Persönlichkeiten aller politischen Richtungen, kritisierten sie die bisherige Untätigkeit der Schweiz. Weitere fast acht Jahre später folgt nun also der «Pilotversuch».

Es handle sich um einen «sehr vorsichtigen Schritt in die richtige Richtung», kommentiert Vreni Müller-Hemmi den Entscheid zugunsten einer Testphase. Nur um anzufügen, dass die Schweiz entgegen der öffentlichen Wahrnehmung «ganz sicher keine Pionierin in Sachen Menschenrechte» sei. Georg Kreis, Basler Professor und Präsident der Anti-Rassismus-Kommission, spricht vom «Maximum dessen, was in der helvetischen Realpolitik derzeit

möglich ist». Nur um einzuschränken, dass man natürlich noch weit weg sei von der Idealvorstellung einer wirklich eigenständigen, unabhängigen nationalen Menschenrechtsinstanz.

**«LIEBER DEN SPATZ IN DER HAND».** Thomas Greminger, Chef der für Menschenrechtsfragen zuständigen Politischen Abteilung IV im EDA und als solcher für den Pilotversuch verantwortlich, versteht die Kritik. Er sagt aber auch: «Lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach.» Greminger spricht von «Entwicklungspotenzial» und hofft wie viele Schweizer Stellen, die sich schon heute mit einzelnen Menschenrechtsfragen befassen, dass dereinst ein umfassendes Kompetenzzentrum eingerichtet wird, das die Einhaltung von Menschenrechten anmahnt, kantonale Behörden ebenso wie Unternehmen berät und «den unabhängigen Finger auf wunde Punkte legt».

**Bei der Schweizer Wirtschaft sind die Meinungen geteilt**

**VERBÄNDE SIND DAGEGEN.** Neben Vertretern von Bund, Kantonen und Menschenrechtsorganisationen waren auch solche der Privatwirtschaft in die langjährigen Diskussionen um die Notwendigkeit einer nationalen Menschenrechtsinstanz mit einbezogen. Ihre Haltung ist nicht eindeutig. Auf der einen Seite finden sich Unternehmen wie Novartis, ABB oder Zurich Financial Services, die sich von einer zentralen Instanz Antworten auf konkrete Fragen erhoffen. Auf der anderen Seite sehen der Arbeitgeberverband und Economiesuisse keinen Bedarf für eine solche unabhängige Institution. «Wohl sind Menschenrechtsfragen politisch sehr delikat», erklärt Infor-

mationschef Hans Reis die Haltung des Arbeitgeberverbands, «in der Schweiz aber ist der Bundesrat für die Aussenpolitik und die Beachtung internationaler Abkommen zuständig. Eine solche Kommission wäre deshalb eine wenig sinnvolle Verschiebung dieser Kompetenzen.» Grundsätzlich sind zwar auch die beiden grossen Wirtschaftsverbände der Ansicht, dass Menschenrechtsfragen die Interessen der Wirtschaft betreffen können. Sie hielten es aber für wichtig, dass diese Fragen dort behandelt würden, wo in der Verwaltung die zuständigen Spezialisten sassen, sagt Reis. Eine neue Instanz würde nur «nutzlose Doppelspurigkeiten schaffen». db

ANZEIGE

# Ab Donnerstag in Allschwil

Eröffnung: Am 30. Juli!

Filiäreröffnung in 4123 Allschwil, Hegenheimermattweg 183. 114 Parkplätze (2h gratis). Öffnungszeiten: Mo – Fr 8.00 – 20.00 Uhr, Sa 8.00 – 18.00 Uhr.  
Kommen Sie vorbei – wir freuen uns auf Sie! [www.aldi-suisse.ch](http://www.aldi-suisse.ch)